Deutscher Bundestag 1. Wahlperiode

1949

Drucksache Nr. 3677

Der Bundesminister der Finanzen

II C - BL 1478 BW - 5/52

Bonn, den 10. September 1952

An den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Kleine Anfrage Nr. 285 der Abgeordneten Dr. Schmid (Tübingen), Frau Meyer-Laule, Erler und Genossen - Nr. 3615 der Drucksachen - Wohnungsbeschlagnahmen in Mannheim und Sigmaringen

Zu der Kleinen Anfrage Nr. 285 - Drucksache Nr. 3615 - nehme ich wie folgt Stellung:

1. Das Bundesministerium der Finanzen hat im Anschluß an die Beantwortung der Anfrage Nr. 228 der Fraktion der CDU CSU vom 13. November 1951 - Nr. 2807 der Drucksachen - die Herren Finanzminister (Finanzsenatoren) der Länder gebeten, Vorschläge für die Durchführung von Bauvorhaben zur Erstellung von Gebäuden für die Besatzungsmacht Zug um Zug gegen Freigabe requirierter Gebäude zu machen. Dabei ist darauf hingewiesen worden, daß die Begrenztheit der für solche Bauvorhaben zur Verfügung stehenden Mittel es nur gestatten wird, Baumaßnahmen an gewissen Schwerpunkten durchzuführen, an denen einerseits die Hilfsmaßnahmen am dringendsten erforderlich sind, andererseits aber auch die größte Wirkung durch Freigabe einer möglichst großen Zahl von requirierten Grundstücken erzielt werden kann.

Die Herren Finanzminister (Finanzsenatoren) der Länder haben bereits in einigen Fällen **Dringlichkeitsbauprogramme** aufgestellt, zu deren Durchführung das Bundesministerium der Finanzen Mittel des Einzelplans XXVII zur Verfügung gestellt hat.

2. Im Hinblick darauf, daß in Mannheim 320 private Wohngebäude - davon 123 Einfamilienhäuser - mit 942 Wohnungen requiriert und darüberhinaus noch 68 Wohnungen in öffentlichen Gebäuden von der US-Besatzungsmacht in Anspruch genommen sind, ist das Bundesministerium der Finanzen grundsätzlich bereit, Mittel des Einzelplans XXVII für den Bau von zusätzlichen Besatzungswohnungen in Mannheim Zug um Zug gegen Freigabe einer entsprechenden Anzahl von Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Das Bauvorhaben in Mannheim soll auf der Grundlage der vom Bundesministerium für ein gleiches Bauvorhaben in Heidelberg entwickelten Bautypen durchgeführt werden. Es wird hierzu auf die als Drucksache Nr. 3660 bekanntgegebene Stellungnahme des Bundesministeriums der Finanzen zu der Kleinen Anfrage Nr. 256 verwiesen.

Der Herr Oberbürgermeister der Stadt Mannheim wird in dieser Angelegenheit mit Headquarters Heidelberg Military Post in Verbindung treten. Das Bundesministerium der Finanzen wird seinerseits mit Headquarters United States Army, Europe HQ USAREUR in Heidelberg verhandeln.

Es ist anzunehmen, daß Headquarters United States Army, Europe, dem die Bauunterlagen zur Genehmigung zu übersenden sind, sich mit dem Bau von zusätzlichen Besatzungswohnungen und einer Freigabe einer entsprechenden Anzahl requirierter Wohnungen einverstanden erklären wird.

3. Das Bundesministerium der Finanzen hat sich wegen der Durchführung eines Bauvorhabens zur Errichtung von zusätzlichen Besatzungswohnungen in Sigmaringen mit dem Finanzministerium Baden-Württemberg in Verbindung gesetzt und um Prüfung gebeten, ob Sigmaringen in das Dringlichkeitsprogramm des Landes einbezogen werden kann. Das Bundesministerium der Finanzen wird hierzu noch besonders Stellung nehmen.

In Vertretung:

Hartmann